

# Kommunitarismus und Bürgergesellschaft

## Vorbemerkung

Stellen wir uns für einen Moment vor, daß in einer großen deutschen Tageszeitung, sagen wir der Frankfurter Rundschau, ein Aufruf von namhaften Intellektuellen der Bundesrepublik veröffentlicht würde, versehen mit der Überschrift "Kommunitaristisches Manifest". Das Manifest würde mit den Worten anfangen:

*"Gemeinschaften in der Bundesrepublik für gegenseitige Hilfe sind reiche Ressourcen für Stimmen der Moral, die in einer Gesellschaft Gehör finden sollten, die immer stärker vom Verlust aller moralischen Normen bedroht ist, zur Selbstsucht neigt und von Raffgier, egoistischen Interessen und einem ungebrochenen Machtstreben getrieben ist."*

Ich bin mir sicher, daß ein solcher Aufruf für ziemlich viel Verwirrung sorgen würde. Die Mehrheit der Leser könnte wahrscheinlich mit dem Begriff "Kommunitaristisches Manifest" gar nichts anfangen und gleich die nächste Seite aufschlagen, andere hätten ungute Assoziationen und würden vielleicht denken, es handele sich um eine Art neues Kommunistisches Manifest unter leicht verändertem Namen, die dritten schließlich könnten meinen, es handele sich um ein konservatives kulturkritisches Pamphlet, welches in die allgemeine Klage über den Werteverfall in unserer Gesellschaft einstimme. Kurzum: *Die politische Öffentlichkeit wäre irritiert.*

Das Gedankenspiel zeigt, daß bestimmte Begriffe nur dann einen Raum der öffentlichen Verständigung eröffnen können, wenn sie in eine bestimmte politische Tradition und Kultur eingebunden sind. Für den aus dem amerikanischen kommenden Begriff des *Kommunitarismus* gibt es keine adäquate deutsche Übersetzung. Im Brockhaus bzw. im Duden finden Sie lediglich den Begriff der *Kommunität*, verbunden mit dem Hinweis, daß dies eine veraltete Bezeichnung für *Gemeinschaft* bzw. *Gemeingut* ist. Immerhin führt dieser Hinweis auf die richtige Spur. Das englische *communitarianism* hat, wie man unschwer heraushört, seinen Wurzeln in dem Wort *community*, das drei Bedeutungsvarianten aufweist:

1. *Gemeinschaft* (im Sinne der Verbundenheit einer sozialen oder kulturellen Gruppe)
2. *Gemeinde* (im religiösen Sinne) und

3. Allgemeinheit. Damit sind drei Dimensionen angesprochen, die in dem Diskurs der amerikanischen Kommunitarier eine zentrale Rolle spielen.

## **Der amerikanische Kommunitarismus und seine Traditionen**

In den USA hat 1994 eine Gruppe von Intellektuellen tatsächlich ein "Kommunitaristisches Manifest" veröffentlicht, dem ich den oben zitierten Anfang entnommen habe. Es wurde zum Ausgangspunkt einer lebendigen öffentlichen Debatte über die Grundlagen und die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft, die bis ins Weiße Haus hinein Einfluß ausgeübt hat. Ich werde im weiteren Verlauf meines Vortrages zunächst einige Passagen aus diesem Manifest aufgreifen, im Anschluß daran entwickeln, auf welchen Traditionen in den USA das Manifest zurückgreifen konnte und schließlich untersuchen, warum es die Kommunitarismusdebatte in Deutschland so schwer hat, auf einen fruchtbareren Boden zu fallen.

Zitat:

*"Die verschiedenen Gemeinschaften für gegenseitige Hilfe in den Vereinigten Staaten sind reiche Ressourcen für Stimmen der Moral, die in einer Gesellschaft Gehör finden sollten, die immer stärker vom Verlust aller moralischen Normen bedroht ist, zur Selbstsucht neigt und von Raffgier, egoistischen Interessen und einem ungebrochenen Machtstreben getrieben ist. Moralische Instanzen wirken vornehmlich durch Erziehung und Aufklärung und nicht durch äußeren Druck. Aus Gemeinschaften hervorgegangen und zuweilen im Gesetz verankert, ermahnen, belehren, appellieren sie an das, was Abraham Lincoln die besseren Seiten unserer Natur genannt hat. Sie wenden sich an unsere Fähigkeit, rational zu urteilen und ethisch zu handeln.... Das kommunitaristische Bemühen um ein Gleichgewicht zwischen Individuen und Gruppen, Rechten und Verantwortlichkeiten und auch zwischen den Institutionen von Staat, Markt und Gesellschaft kann nie zu einem Abschluß kommen.... Die Geschichte hat gelehrt, daß es ein schwerer Fehler war, nach charismatischen Führern Ausschau zu halten, die für das Gemeinwesen eine moralische Instanz verkörpern. Ebenso wenig können politische Institutionen moralische Instanzen wirksam verkörpern, es sei denn, sie werden von einer aktiven Bürgerschaft, die sich um moralische Orientierung der Gemeinschaft bemüht, unterstützt und kritisiert."*

Drei Ausschnitte aus diesem Zitat möchte ich herausgreifen: Raffgier und egoistische

Interessen, Gleichgewicht zwischen Individuen und Gruppen, moralische Orientierung der Gemeinschaft. Ihre Betonung im kommunitaristischen Manifest sind als Reflex auf Entwicklungen in der amerikanischen Gesellschaft zu verstehen, die in den letzten 20 Jahren immer stärker hervorgetreten sind:

1. Die Auswirkungen einer neoliberalen Ideologie, die dem Motto huldigt: Je ungehemmter sich die wirtschaftlichen Subjekte entfalten können, desto größer ist der Nutzen für die Gemeinschaft.
2. Die Folgen eines hedonistischen Individualismus, der in einer entmoralisierten Massenkultur der Devise folgt: Anything goes.
3. Die Implikationen eines kulturellen Separatismus im Zuge der weiteren Ausdifferenzierung der amerikanischen multikulturellen Gesellschaft. Diese wird immer weniger vom gemeinsamen amerikanischen Traum zusammengehalten, sondern Tendenzen der Absonderung und Abgrenzung verschiedener ethnischer und kultureller Gruppen voneinander haben deutlich zugenommen.
4. Die Zunahme von Kriminalität und Gewalt, die vor allem in den amerikanischen Ballungszentren ein erschreckendes Ausmaß erreicht haben.

Alle vier Tendenzen drücken sich in einer stärker werdenden kulturellen Fragmentierung, sozialen Desintegration und moralischen Desorientierung der amerikanischen Gesellschaft aus. Die Kommunitaristen sehen vor diesem Hintergrund Solidarität, Gemeinsinn und Verantwortungsbewußtsein als Tugenden, die in der Geschichte der amerikanischen Gesellschaft eine große Rolle gespielt haben, bedroht. Ihre Antwort auf diese Herausforderungen besteht aber keinesfalls, wie man in der deutschen Rezeption zuweilen hört, darin, alte moralische Tugenden im Sinne des neuenglischen Puritanismus bzw. eines rigiden und militanten Republikanismus einzuklagen, sondern es geht den Kommunitaristen um eine Wiederbelebung der partizipativen Traditionen der amerikanischen Geschichte. Dazu gehört sowohl, dem einzelnen wieder mehr Gemeinschaftssinn abzuverlangen als auch ihm gleichzeitig mehr gesellschaftliche Verantwortung und Beteiligung einzuräumen. Der amerikanische Ökonom Amitai Etzioni, einer der Verfasser der "Communitarian Platform", betont, daß es darauf ankomme, individuelle Rechte, die eine liberale Gesellschaft allen Gesellschaftsmitgliedern zugesteht, nicht länger nur im Sinne der Verfolgung egoistischer Interessen zu verstehen, sondern auch als moralische und soziale Verpflichtung, zum Gemeinwohl beizutragen. In diesem Sinne heißt es in der kommunitaristischen Plattform

weiter:

*“Jedes Mitglied der Gemeinschaft schuldet allen übrigen etwas, und die Gemeinschaft schuldet jedem ihrer Mitglieder etwas. Gerechtigkeit setzt verantwortliche Individuen in einer aufgeschlossenen Gemeinschaft voraus. ... Die ausschließliche Verfolgung eigener Interessen ist noch nicht einmal für den Marktplatz eine gute Empfehlung, denn keine soziale, politische, wirtschaftliche oder moralische Ordnung kann auf diese Weise überleben. Ein gewisses Maß an Fürsorge und Teilen ist von wesentlicher Bedeutung, wenn wir nicht die Zuständigkeit von Verwaltungsbehörden erweitern und bürokratisierte Wohlfahrtsbehörden und aufgeblähte Reglements ...haben wollen.“*

Sätze wie diese unterstreichen die anti-neoliberale Stoßrichtung der kommunitaristischen Position. Sie kritisiert die Reduktion einer liberalen Politik auf die Förderung rein kommerzieller Interessen und betont statt dessen die Verpflichtung der Politik und der privaten Akteure sich am Allgemeinwohl zu orientieren. Zugleich ist diese Position von einer gewissen Skepsis gegenüber einer rein institutionenzentrierten politischen Ordnung getragen, in der bürokratische Behörden und staatliche Regeln das soziale Leben einer Gesellschaft gestalten und die Gesellschaft quasi von oben zusammenhalten. Vielmehr geht es den Kommunitaristen darum, gesellschaftlichen Gruppen, Gemeinden, Nachbarschaften und freien Assoziationen soviel Gestaltungsmöglichkeit wie möglich selber zu überlassen und den Staat nur dort in Anspruch zu nehmen, wo untergeordnete Gemeinschaften überfordert sind. Unverkennbar im Sinne des aus der katholischen Soziallehre bekannten Subsidiaritätsprinzips heißt es in der “Kommunitaristischen Plattform“:

*“Überhaupt sollte keine soziale Aufgabe einer Institution zugewiesen werden, die größer ist als notwendig, um die betreffende Aufgabe zu erfüllen. Was in der Familie getan werden kann, sollte nicht einer intermediären Gruppe übertragen werden. Was auf lokaler Ebenen getan werden kann, sollte nicht an den Staat oder an die Bundesebene delegiert werden und so fort. ...Aufgaben an höhere Ebenen abzuschieben schwächt die Gemeinschaft an der Basis. Dieser Grundsatz gilt insbesondere für die Sorge um Kranke, Arme, Straftäter, Obdachlose und Einwanderer, ebenso für die öffentliche Ordnung, das Gesundheitswesen und den Umweltschutz, bis hin zur Mithilfe bei der Abfallbeseitigung.“* Die kritische Einstellung gegenüber einer rein staatszentrierten öffentlichen Wohlfahrtspolitik hat den Kommunitaristen den Vorwurf eingebracht, sie würden nur die Begleitmusik zu der

neoliberalen, antisozialen Politik der Republikanischen Partei liefern. Tatsächlich knüpfen sowohl die Kommunitaristen als auch ein Teil der Republikaner an einer tief in der amerikanischen Tradition verankerten Skepsis gegenüber der Übermacht einer zentralstaatlichen Bürokratie an, die zur Korruption führt und die Tugend der Bürgerinnen und Bürger untergräbt.

Die Ursprünge einer tugendhaften, am Gemeinwohl orientierten Beteiligung des einzelnen am politischen Gemeinwesen liegen bekanntlich in der griechischen Polis-Demokratie, wie sie Aristoteles in seinem Buch über die Politik beschrieben hat. Das höchste Ziel des antiken Polisbürgers war die Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten im freien Meinungs austausch mit anderen. Auch in der römischen Republik und später in den italienischen Stadtrepubliken der Renaissance spielte das Tugendideal der aktiven Bürgerschaft und der Gemeinwohlorientierung eine zentrale Rolle. Schließlich war das republikanische Denken auch in den ländlichen religiösen Gemeinschaften Englands in der Zeit der Auswanderung nach Amerika anzutreffen, wie der amerikanische Historiker Pocock nachgewiesen hat. Im Zuge der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft und des Marktes als zentraler Kategorie löste sich in Europa jedoch das Ideal der republikanischen Gemeinwohlorientierung mehr und mehr von seinen alten Ursprüngen ab und wurde durch die Begriffe Produktivität und Arbeit ersetzt. Ein moralischer und tugendhafter Mensch wurde nicht mehr von seiner öffentlichen, für das Gemeinwohl einstehenden Tätigkeit her definiert, sondern von seiner ökonomischen Tätigkeit her bestimmt. An die Stelle des homo civicus trat gewissermaßen der homo oeconomicus. Während dieser Zeit begannen die bürgerlichen Gesellschaften sich mehr und mehr als reine Interessengesellschaften zu verstehen, in denen der ursprünglich politische Freiheitsbegriff auf die Freiheit, die eigenen ökonomischen Interessen durchzusetzen, verkürzt wurde. In der englischen Bedeutung des Wortes interest, das sowohl mit Interesse als auch Zins übersetzt werden kann, wird dieser Zusammenhang zwischen privatem Interesse und Geldvermehrung noch erkennbar.

Die religiösen Auswanderergemeinschaften und Siedlungsbewegungen, die aus England in die USA kamen, brachten dagegen das republikanische Denken mit nach Amerika und machten es zum Bestandteil ihrer politischen Kultur. Der französische Aristokrat Alexis de Tocqueville, der nach einer Reise durch Amerika 1835 das Buch "Über die Demokratie in Amerika" verfaßte, war begeistert von der Kraft und Bedeutung der lokalen Gemeinschaften, freien Assoziationen und bürgerschaftlichen Vereinigungen, die er in Amerika vorfand und

die sich um die öffentlichen Angelegenheiten kümmerten. Er schrieb: *“Amerika ist das Land, in dem man die Möglichkeit der Menschen, sich zusammenzuschließen, am meisten ausgenutzt und dieses Mittel auf den verschiedensten Gebieten angewendet hat. Abgesehen von den dauernden Zusammenschlüssen, die das Gesetz in Form von Gemeinden, Städten und Grafschaften bewirkt hat, gibt es eine Menge anderer, die ihre Entstehung und Entwicklung der privaten Initiative verdanken. Der Bürger der Vereinigten Staaten lernt von klein auf, daß er sich im Kampf gegen mancherlei Schwierigkeiten des Lebens auf sich selbst verlassen muß; er hat für die Obrigkeit nur einen mißtrauischen und unruhigen Blick und ruft ihre Macht nur zur Hilfe, wenn er es gar nicht vermeiden kann. ...In den Vereinigten Staaten schließt man sich zu Zwecken der öffentlichen Sicherheit, des Handels und der Industrie, der Moral und der Religion zusammen. Es gibt nichts, was der menschliche Wille nicht durch die frei Tätigkeit der vereinigten Macht Einzelner zu erreichen hoffte.“* Und an anderer Stelle heißt es bei ihm: *“Amerikaner jeden Alters, jeden Ranges, jeder Geistesrichtung schließen sich fortwährend zusammen. Sie haben nicht nur kaufmännische und Berufsvereine, denen alle angehören, sie haben auch noch unzählige andere Arten: religiöse, sittliche, ernste, oberflächliche, sehr allgemeine und sehr besondere, gewaltige und ganz kleine; die Amerikaner tun sich zusammen, um Feste zu geben, Seminarien zu begründen, Gasthöfe zu bauen, Kirchen zu errichten, Bücher zu verbreiten ... sie errichten auf diese Weise Spitäler, Gefängnisse, Schulen.“* Aus Tocquevilles Beobachtung des politischen Lebens erschließen sich die Ursprünge des kommunitaristischen Denkens in den USA. Politische, religiöse und lebensweltliche Gemeinschaften und Vereinigungen waren in der amerikanischen Geschichte von Anfang an das Unterpfand für eine lebendige Demokratie. Sie bilden nicht nur ein notwendiges Gegengewicht zu der vereinnehmenden Macht zentralstaatlicher Institutionen und rein ökonomischer Interessenorganisationen, sondern sie fördern auch den Zusammenhalt der Gesellschaft und mobilisieren politischen Gemein- und Freiheitssinn.

Selbst nach dem sich in Amerika zu Beginn dieses Jahrhunderts längst eine entpolitisierte Massengesellschaft mit heterogenen Konsumgewohnheiten und einer politischen Elitenherrschaft herausgebildet hatte, spielte das Konzept der Community, wie Otto Kallscheuer gezeigt hat, in der öffentlichen Diskussion eine wichtige Rolle. Der amerikanische Demokratietheoretiker John Dewey forderte 1927, daß sich aus der *“Great Society“*, in der die demokratischen Eliten die Sachzwänge verwalten und die Politik technokratisch managen, eine *“Great Community“* entwickeln müßte, um auch in einer komplexen Demokratie das Volk an der Politik zu beteiligen. Praktische Erfahrung in der

Demokratie und Erziehung zur Demokratie, so Dewey, aber können nur in kleineren, lokalen Einheiten erworben werden. Deshalb, so seine Schlußfolgerung, müsse *“Demokratie zu Hause beginnen, und zu Hause, das ist die nachbarschaftliche Gemeinschaft.“* Seine Vision der Great Community war die Vision einer *“community of communities“*, die das demokratische Projekt zusammenhält und die Beteiligung des Volkes am demokratischen Leben sicherstellt. Demokratie und Gemeinschaft waren für ihn keine sich ausschließenden, sondern komplementäre Elemente. Diese Erkenntnis veranlaßte ihn zu der Bemerkung: *“Als Idee betrachtet, ist die Demokratie nicht eine Alternative zu anderen Prinzipien gemeinsamen Lebens. Sie ist vielmehr die Idee der Gemeinschaft selbst.“* Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, daß die Entwicklung des amerikanischen Liberalismus von Anfang durchdrungen war von der Spannung zwischen einem marktwirtschaftlichen Diskurs auf der einen Seite, in dem die ökonomische Interessenverfolgung im Vordergrund stand, und einem republikanischen Diskurs auf der anderen Seite, der die Tugend der politischen Teilnahme und Teilhabe am öffentlichen Leben immer wieder zum Gegenstand der öffentlicher Auseinandersetzungen machte. Insofern ist es auch verkürzt, wie es in der deutschen Rezeption immer wieder geschieht, den Kommunitarismus als reinen Gegenpol zum Liberalismus zu betrachten. Michael Walzer, einer der prominentesten Intellektuellen aus der heterogenen Gruppe der Kommunitaristen, hat darauf hingewiesen, daß er und seine Mitstreiter sich als *“Begleiterscheinung des Liberalismus“*, als *“demokratische Kritiker des Liberalismus“* verstehen, denen es nicht um die Überwindung, sondern um die periodische Korrektur des Liberalismus geht. Gerade weil marktwirtschaftliche liberale Gesellschaften, die sich in erster Linie als Interessengesellschaften verstehen, utilitaristisches Denken, politischen Privatismus und ein instrumentelles Verhältnis zu den Leistungen des Wohlfahrtsstaates fördern, müsse sie immer wieder an ihren politischen Ausgangspunkt, nämlich die Verwirklichung von Freiheit erinnert werden.

Schon in den achtziger Jahre kam es in den USA zu einer philosophischen Kontroverse zwischen Vertreter der liberalen Rechtstheorie, wie sie vor allem von John Rawls entwickelt worden war, auf der einen und kommunitaristischen Denkern auf der anderen Seite, in der den Kommunitaristen vorgeworfen wurde, daß sie die Geltung universeller Rechtsnormen und abstrakter Menschenrechte einschränken und statt dessen einer Solidarität partikularer Gemeinschaften das Wort reden würden. Walzer hat in seinen Schriften immer wieder versucht, diesen Vorwurf zu entkräften, z. B. wenn er schreibt:

*“Auch wir sehen, “daß es ...unter der Oberfläche und jenseits des Horizontes nichts gibt als voneinander getrennte, mit Rechten ausgestattete, freiwillig sich zusammenschließende, in freier Rede sich äußernde, liberale Individuen. Und dennoch wäre es gut, wenn wir diese Individuen lehren könnten, sich als soziale Wesen zu begreifen, als die historischen Produkte und partiell auch als die Verkörperungen von liberalen Werten. Denn die kommunitaristische Liberalismuskorrektur kann nichts anderes sein als eine selektive Verstärkung eben jener Werte oder, mit Michael Qakeshott gesprochen, ein Streben nach Einlösung der Gemeinschaftspostulate in ihnen.“*

*Zusammenfassung:* Der amerikanische Kommunitarismus ist eine Reaktion auf die Binnenprobleme der amerikanischen Gesellschaft, in der ein selbstbezogener Individualismus, soziale Desintegration, Kriminalität und Gewalt sowie ein ethnischer, rassischer und kultureller Partikularismus das Gemeinwesen immer weiter auseinander treiben. Die Kommunitaristen verstehen sich nicht als Gegner des Liberalismus, sondern als Korrektiv eines Liberalismus, der sich auf egoistische und lobbyistische Interessendurchsetzung beschränkt. Anknüpfend an die republikanischen Traditionen in der amerikanischen Geschichte, insbesondere an die Bedeutung von lokalen Vereinigungen und Gemeinschaften, versuchen sie politischen Gemeinsinn zu mobilisieren und den Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken. Im Gegensatz zu einigen Wortführern der Republikanischen Partei sind die Kommunitaristen keine Vertreter einer vollständigen Entstaatlichung sozialer Aufgaben, sondern sie sehen im Subsidiaritätsprinzip die Möglichkeit einer Vermittlung zwischen bürgerschaftlicher Selbstorganisation auf der einen und zentralstaatlicher Verwaltung und Hilfe auf der anderen Seite. Es geht ihnen nicht um eine Individualisierung von sozialen Risiken, sondern um die Stärkung von Demokratie durch die Stärkung der Bürgergesellschaft.



## Die Rezeption des Kommunitarismus in Deutschland

In der deutschen Rezeption des Kommunitarismus lassen sich zwei unterschiedliche Wellenbewegungen ausmachen. Die erste Welle, die Anfang der neunziger Jahre einsetzte, war weitgehend auf das akademische Milieu begrenzt und bewegte sich vor allem auf einem philosophischen Niveau. Überwiegend aus dem linksliberalen Spektrum kommende Gesellschaftswissenschaftler, die aufgrund ihrer angloamerikanischen Kontakte Einblick in die Kontroverse zwischen Liberalen und Kommunitaristen gewonnen hatten, bemühten sich darum, die kommunitaristische Kritik am Liberalismus einer größeren Öffentlichkeit in Deutschland bekannt zu machen - zunächst mit mäßigem Erfolg und ohne größere politische Resonanz: eine Artikelserie in der Frankfurter Rundschau, zwei, drei Sammelbände und einige Fachaufsätze, das schien es schon gewesen zu sein. Der mainstream der intellektuellen Denker zeigte sich eher desinteressiert an dieser Debatte, andere sahen darin lediglich eine Zeitgeistströmung, die schnell wieder verschwinden würde. Tatsächlich ebte die kaum begonnene Diskussion nach zwei, drei Jahren schon wieder ab, bevor eine zweite Welle, diesmal allerdings mit neuen Akteuren und explizit politischen Bezügen, die Öffentlichkeit erreichte.

Wolfgang Schäuble griff in seinem 1994 erschienenen Buch "Und der Zukunft zugewandt" das kommunitaristische Anliegen im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung auf und forderte von den Deutschen mehr nationale Solidarität und Gemeinsinn. Gleichzeitig kritisierte er ein ausgeprägtes Interessendenken und das Ungleichgewicht zwischen individuellen Ansprüchen und Gemeinschaftsfähigkeit in der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Schäubles Vorstoß ließ im linksliberalen Milieu die Alarmglocken schrillen. Ein großer Teil der Linken war davon überzeugt, daß seine Stichwörter wie Werteverfall, Desintegration und Gemeinsinn den Kern einer konservativen rollback-Strategie bilden, die das trojanische Pferd des Kommunitarismus benutzt, um die Errungenschaften von Liberalismus, Verwestlichung und Sozialstaat in der Bundesrepublik zugunsten einer konservativen Wende zurückzudrehen. Der Heidelberger Pädagogikwissenschaftler Micha Brumlik z. B. warnte zugleich vor dem "Irrlicht des Gemeinsinns" und rief dazu auf, den "liberalen Konsens" gegenüber den Zumutungen des Kommunitarismus zu verteidigen. Einige Autoren erklärten den Kommunitarismus zum Vehikel einer neuen "konservativen

Revolution“ mit Botho Strauß und Wolfgang Schäuble an der Spitze. Richard Herzinger und Hannes Stein, Zeitgeistautoren aus Berlin und Hamburg, erblickten im Kommunitarismus eine “regressive Verherrlichung der geschlossenen Gemeinschaft“. Die Bremer Rechtsprofessorin Sybille Tönnies schließlich kanzelte den Kommunitarismus sogar “als Wiederbelebung der romantischen Jugendbewegung im amerikanischen Gewande“ ab, der in Deutschland mit seinen romantischen und nationalistischen Traditionen nur Schaden anrichten könne. Sie traf damit ziemlich genau die Vorbehalte einer ganzen Generation von Linksintellektuellen, die gegenüber jedweder Gemeinschaftsrhetorik eine tief verwurzelte Abwehr empfinden. Den Hintergrund für diese Abwehr bilden die historischen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, der sich zur Rechtfertigung seiner Verbrechen u.a. einer perversen Volksgemeinschaftsideologie bediente. Die nationalsozialistische Manipulation des Gemeinschaftsbegriffs wirkt so stark nach, daß auch heute noch Begriffe wie “nationale Solidarität“, Gemeinsinn oder Gemeinschaft einen negativen Nachklang haben und nicht selten unmittelbar mit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft kurzgeschlossen werden.

Tatsächlich ist es schwer, wie mein Gedankenspiel zu Anfang des Vortrages illustrieren sollte, die aus der amerikanischen republikanischen Tradition hervorgegangene Kommunitarismuskussion so in den politisch-historischen Kontext der Bundesrepublik zu integrieren, daß Mißverständnisse vermieden werden. Schließlich können wir in Deutschland nicht auf eine vergleichbare liberal-republikanische Tradition wie die amerikanischen Kommunitaristen zurückgreifen. Es kommt deshalb darauf an, die Elemente einer Gemeinschaftsrhetorik aufzugreifen und zu entwickeln, die die Grundlage der demokratischen Gesellschaft nicht in Frage stellen und nicht auf eine Rekonstruktion einer völkisch-mythischen Einheit des deutschen Volkes hinauslaufen.

Es ist bemerkenswert, daß die aktuellen Diskussionen in Deutschland über den Kommunitarismus selten Bezug nehmen auf kultursoziologische Debatten, die um die letzte Jahrhundertwende in Deutschland eine wichtige Rolle gespielt haben. Die Auswirkungen der Auflösung traditioneller Formen der Gemeinschaft im Zuge der sich entwickelnden industriellen Massengesellschaft am Ende des letzten Jahrhunderts beschäftigte intellektuelle Denker wie Max Weber, Georg Simmel, Ferdinand Tönnies, Helmut Plessner u. a. Im Zentrum ihrer Reflexion stand das allgemeine Unbehagen an der rationalen Moderne, die Kritik an der Kälte moderner bürokratischer Gesellschaften sowie das Verhältnis von nach reinen Nutzenkalkülen sich organisierenden Interessengesellschaften und “wärmenden“ Gemeinschaften. Bereits Marx und Engels hatten in ihrer Kritik an der bürgerlichen

Gesellschaft festgestellt:

*“Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen, hat alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die buntscheckigen Feudalbande, die den Menschen an seinen natürlichen Vorgesetzten knüpften, unbarmherzig zerrissen und kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen, als das nackte Interesse, als die gefühllose ‘bare’ Zahlung. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt.“* (Kommunistisches Manifest)

Ich kann hier aus Zeitgründen natürlich nicht im einzelnen auf die verschiedenen Denkansätze, die um die Jahrhundertwende eine Rolle spielten, eingehen, möchte aber besonders die Studie von Ferdinand Tönnies über “Gemeinschaft und Gesellschaft“ hervorheben, die sowohl von seinen Gegnern als auch seinen Bewunderern häufig als antiliberal, antigesellschaftliche Verherrlichung der Gemeinschaft interpretiert wurde. In dieser Studie bemüht sich Tönnies, die Polarität von Gesellschaft und Gemeinschaft theoretisch zu fassen, ohne sie nach einer Seite hin auflösen zu wollen. Sowohl gemeinschaftliche als auch gesellschaftliche Verhältnisse, so Tönnies, gründen in gegenseitigem Wollen und Bejahen. In der Gemeinschaft bleiben die Menschen miteinander “verbunden [...] trotz aller Trennungen“, in der Gesellschaft bleiben sie voneinander “getrennt [...] trotz aller Verbundenheiten.“ Tönnies beschreibt in seiner Studie im Grunde mit viel Einfühlungsvermögen die Entwurzelungsprozesse und Gemeinschaftsverluste, die um die Jahrhundertwende im Zuge des raschen sozialen Wandels auftreten. Aber er verfällt dabei durchaus nicht in eine apologetische Verteidigung der traditionellen Gemeinschaften mit ihren Zwängen und Einengungen, sondern er sieht auch die Freiheitsgewinne, die der Prozeß des sozialen Wandels mit seinen Individualisierungstendenzen mit sich bringt. In seinem Buch “Geist der Neuzeit“ schreibt er:

*“Die erste und Hauptbewegung des fortschreitenden sozialen Lebens ist die Tendenz zur Besonderung, zur Differenzierung und Individualisierung, die notwendig aus der Anpassung des ursprünglich Gleichen und Allgemeinen an verschiedene Lebensbedingungen sich ergibt [...] Innerhalb dieser Entwicklung liegt der ‘Individualismus’, d.h. daß der einzelnen Mensch seiner Persönlichkeit, seines Wertes und seiner persönlichen Zwecke, also seiner Angelegenheiten und Interessen bewußter wird, folglich selbständiger und freier zu werden strebt, allem gegenüber, was ihn sonst bindet und beschränkt, und das ist, sofern es seinen Willen gebunden [...] hat: Gemeinschaft! “.*

Eine erstaunlich eindeutige Klammer zwischen dem amerikanischen Kommunitarismuskurs und den in Deutschland geführten Diskussionen über die Bedeutung von Gemeinschaften und Gemeinwohl sehe ich im Subsidiaritätsprinzip. Hierzulande ist das Subsidiaritätsprinzip vor allem mit der katholischen Soziallehre und dem Namen Oswald von Nell-Breuning verknüpft. Von Nell-Breuning war 1931 maßgeblich an der Formulierung der päpstlichen Enzyklika "Quadragesimo anno" beteiligt, in der das Subsidiaritätsprinzip als Gegenkonzept zu den totalitären Ordnungsvorstellungen des italienischen Faschismus und des stalinistischen Kommunismus entworfen wurde. In dieser Enzyklika heißt es:

*"Es muß allzeit unverrückbar jener oberste sozialphilosophische Grundsatz festgehalten werden ...was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, darf ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden ...es verstößt auch gegen die Gerechtigkeit, das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können, für die weitere und übergeordnete Gemeinschaft in Anspruch zu nehmen ...Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen und aufsaugen."* Oswald von Nell-Breuning hat diese etwas umständliche Formulierung später in einem Kommentar etwas einfacher umschrieben: *"Was im Dorf, in der Ortsgemeinde geleistet werden kann, das trage man nicht an das große öffentliche Gemeinwesen Staat heran; was im engeren Kreis der Familie erledigt werden kann, damit befasse man nicht die Öffentlichkeit; was man selbst tun kann, damit behellige man nicht andere. ...Was der einzelne aus eigener Initiative und eigener Kraft leisten kann, darf die Gesellschaft ihm nicht entziehen. ... Die beste Gemeinschaftshilfe ist die Hilfe zur Selbsthilfe; wo immer Gemeinschaftshilfe zur Selbsthilfe möglich ist, soll daher die Selbsthilfe unterstützt, Fremdhilfe dagegen nur dann und insoweit eingesetzt werden, wie Gemeinschaftshilfe zur Selbsthilfe nicht möglich ist oder nicht ausreichen würde."*

Die strukturellen Ähnlichkeiten zwischen Nell-Breunings Formulierungen und dem zu Beginn vorgestellten Auszügen aus der Plattform der amerikanischen Kommunitaristen sind verblüffend. Offensichtlich gibt es hier einen Traditionszusammenhang, der nur schwer zu entschlüsseln ist. Verfolgt man die Ursprünge des Subsidiaritätsprinzips so stellt man fest, daß es nicht nur in der katholischen Tradition verankert ist, sondern auch im calvinistischen Kirchenrecht einen bedeutenden Platz eingenommen hat. Der Calvinismus wiederum hat auf die religiös-weltlichen Traditionen der amerikanischen Einwanderer einen großen Einfluß ausgeübt. In der Bundesrepublik hat das Subsidiaritätsprinzip eine ungewöhnliche

Aufwertung und Aktualität durch die grün-alternative Bewegung der siebziger und achtziger Jahre erfahren. Selbsthilfegruppen, Wohngemeinschaften, Bürgerinitiativen kritisierten Mechanismen der Entmündigung durch den bürokratischen Sozialstaat und versuchten, durch Eigeninitiative, neue Formen der gesellschaftlichen Solidarität zu entwickeln und zu praktizieren. Es ging in dieser Bewegung nicht nur darum, jenseits staatlicher und konventioneller Strukturen neue Lebensformen auszuprobieren, sondern auch Selbsthilfe und soziales Engagement mit Sinn- und Identitätsstiftung zu verbinden. Allerdings waren diese Bestrebungen von Anfang an von einer seltsamen Ambivalenz gekennzeichnet: in ihren radikalen Autonomie- und Partizipationsansprüchen wies die Alternativbewegung auch antiliberalen und antiinstitutionellen Tendenzen auf, während sie auf der anderen Seite "Staatsknete" für die Finanzierung ihrer Projekte einforderte. Inzwischen haben sich viele Gruppen aus der alternativen Selbsthilfebewegung erfolgreich institutionalisiert und bilden ein wichtiges Zwischenglied zwischen staatlicher Sozialfürsorge, klassischen Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern, die marktorientiert arbeiten. Als ein Impuls dieser Bewegung aber hat ein Gedanke in der politischen Kultur der Bundesrepublik Fuß gefaßt, der auch die amerikanischen Kommunitaristen umtreibt: nämlich, daß Bürger und Bürgerinnen am politischen und sozialen Geschehen unmittelbar partizipieren sollen. Unter dem Stichwort Bürgergesellschaft bzw. civil society ist dieser Gesichtspunkt in den kommunitaristischen Debatten auch heute noch präsent.

## **Schluss**

In Deutschland kann die Kommunitarismuskonzeption nicht auf eine vergleichbare liberal-republikanische Tradition zurückgreifen wie in den USA. Gleichwohl gibt es auch in den Traditionen der deutschen politischen Kultur eine Gemeinschaftsrhetorik, die mit einer liberalen Gesellschaftstheorie vereinbar ist und nicht auf die Wiederherstellung einer ethnischen Volksgemeinschaft hinausläuft. Gesellschaft und Gemeinschaft werden hier wie dort nicht als antagonistische, sondern als komplementäre Elemente eines freiheitlichen Gemeinwesens verstanden. Dabei geht es um die Frage, wie viel Gemeinschaft die Demokratie braucht und wie viel Gemeinschaft sie verträgt. Das Subsidiaritätsprinzip ist sowohl in der amerikanischen Kommunitarismuskonzeption als auch in ihrer deutschen Rezeption ein zentrales Element der Verklammerung zwischen zentralstaatlichen Institutionen sowie lokalen und lebensweltlichen Vereinigungen und Gemeinschaften. Gemeinschaften im Sinne des kommunitaristischen Diskurses zielen auf eine Stärkung

demokratischer Strukturen durch Partizipation und die Mobilisierung von politischem Gemeinsinn.

Die mit diesem Beitrag implizit gestellte Frage, ob der Kommunitarismus reaktionär sei, kann nach Maßgabe der vorgetragenen Argumente und Überlegungen klar verneint werden. Ebenso wenig wie man die wissenschaftliche und politische Substanz von Marxismus und Sozialismus mit deren orthodoxen und autoritären Spielarten identifizieren sollte, darf man den Kommunitarismus mit jenen extrem konservativen, law-and-order fixierten Positionen und Strömungen verwechseln, die Begriffe wie »Gemeinschaft« und »Moral« besetzen, um ihnen einen antidemokratischen, antisozialen, frauenfeindlichen und rassistischen Inhalt aufzuzwingen. Die relevanten Autoren des kommunitaristischen Diskurses sind eindeutig dem Grundwert der Menschenwürde, den persönlichen Freiheitsrechten und der Demokratie verpflichtet. Ihre Auffassungen enthalten neben Schwachstellen (wie dem Fehlen einer fundierten ökonomischen Analyse des Kapitalismus) oder Ambivalenzen (etwa hinsichtlich der Bestimmung des Sozialstaats) aber wichtige Erkenntnisse und Forderungen, die von der Linken bisher vernachlässigt worden sind. Das betrifft vor allem Fragen der moralischen Werte und Bindungen in modernen Gesellschaften. Sieht man von mehr oder weniger schematischen Deutungen von Moral als »Überbauphänomen« einmal ab, so ist der Linken zu diesem Thema bisher nur sehr wenig Produktives eingefallen. Wechselseitige Lernprozesse von Kommunitarismus und der politischen Linken erscheinen deshalb wünschenswert. Das gilt umso mehr, als die gegenwärtig fast unaufhaltsam erscheinenden Prozesse gesellschaftlicher Zersplitterung, moralischer Erosion und sozialer Entsolidarisierung nicht von einem bestimmten politischen Akteur, einer bestimmten Weltanschauung oder sozialen Gruppe allein zum Stehen gebracht werden können.

*Stephan Straub*

Juli 2002